

An
Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
Des Landes Brandenburg
Herr Minister Jörg Vogelsänger
Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
14467 Potsdam

CC:
Gemeinsame Landesplanungsabteilung
Der Länder Berlin und Brandenburg
Postfach 600752
14411 Potsdam

Forst, 20.Mai 2010

Umgang des Ministeriums mit Anträgen zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung

Sehr geehrter Herr Minister Vogelsänger,

am 24.Februar diesen Jahres reichte die Gemeinde Schenkendöbern einen Antrag auf Änderung des Braunkohlenplanes Jänschwalde bei Ihrem Ministerium und der zuständigen Landesplanungsbehörde ein. Einen inhaltsgleichen Antrag stellte am 3.März d.J. der Umweltverband Grüne Liga Brandenburg.

Der Arbeitskreis Tagebau Jänschwalde des Braunkohlenausschusses vereinbarte in seiner Sitzung am 11.März 2010, dass über diesen Antrag auf der Sitzung am 20.Mai 2010 diskutiert werden soll.

Mit großer Verwunderung haben wir nun zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinsame Landesplanungsbehörde den Antragstellern mit einem nicht näher datierten Schreiben vom April 2010 ablehnend antwortete, ohne den Braunkohlenausschuß oder seinen zuständigen regionalen Arbeitskreis einbezogen zu haben. In dieser Verfahrensweise sehen wir eine Mißachtung der gesetzlich eingeräumten Mitwirkungsrechte beider Gremien in Fragen der Braunkohle- und Sanierungsplanung.

Wir sehen uns zudem mit einer Ungleichbehandlung konfrontiert, bei der Anträge des Bergbauunternehmens Vattenfall auf Änderung des bestehenden Braunkohlenplanes seitens der Landesplanungsbehörde klar bevorzugt werden gegenüber Anträgen anderer Antragsteller.

Beides halten wir nicht für eine geeignete Grundlage für die Wahrnehmung von Mitwirkungsrechten als Vertreter der betroffenen Ortsteile, Verbände und Bürgerinitiativen. Insbesondere sehen wir die seitens der Landesregierung mehrfach beteuerten Transparenz und Ergebnisoffenheit der Braunkohlenplanung im Land Brandenburg unter diesen Umständen als nicht gegeben an.

Mit freundlichen Grüßen,

(17 Mitglieder des Arbeitskreises Tagebau Jänschwalde des Braunkohlenausschusses)